Beschluss (vorläufig) Nach der Klimaschutzgesetz-Novelle: Das Verkehrsministerium muss liefern!

| | |
|---|---|
| Gremium: | Landesdelegiertenversammlung |
| Beschlussdatum: | 20.04.2024 |
| Tagesordnungspunkt: | 8. Verschiedenes |

## Antragstext

Am 15. April 2024 haben die Spitzen der Ampel-Fraktionen im Bundestag bekanntgegeben, dass sie sich auf eine Reform des Klimaschutzgesetzes verständigt haben. Wir erkennen an, dass wir Grüne dabei einige Erfolge erzielen konnten. So muss die nächste Bundesregierung nun auch für den Zeitraum 2030-2040 konkrete Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele vorlegen. Die verbindliche Zielmarke von 88% Reduktion bis 2040 wird jetzt zum ersten Mal mit Zwischenzielen unterfüttert. Damit wird der Zielpfad zur Klimaneutralität in Deutschland konkreter und mit Klimaschutzmaßnahmen unterlegt werden. Klimaschutz muss konkret sein, damit er wirkt.

Schon in der letzten Periode der Lastenteilungsverordnung hat Deutschland seine Ziele nicht erreicht und musste hohe Ausgleichszahlungen an andere EU Mitgliedsstaaten leisten. Es ist zu befürchten, dass aufgrund der Verfehlungen im Gebäude- und Verkehrssektor in den nächsten Jahren deutlich höhere Zahlungen fällig werden. Und dies obwohl im Koalitionsvertrag fest vereinbart wurde, dass dies vermieden werden soll.

Verkehrsminister Wissing ist und bleibt in der Verantwortung, mit wirksamen Maßnahmen sicher zu stellen, dass auch der Sektor Verkehr die Zielvorgaben erreicht: Zum Beispiel mit einem Tempolimit auf Autobahnen, das zudem auch der Verkehrssicherheit aller dient, mit der Ermächtigung unserer Kommunen zur Einführung eines Tempolimits von 30km/h für gesunde Luft für unsere Bürger, mit der Stärkung der Schiene für Personen und Güter, durch eine stärkere Förderung des ÖPNV und der Schaffung von attraktiven Alternativen im SPNV für Inlands- und Charterflügen, durch die Abschaffung der Steuervergünstigung für Kerosin auf Kurzstrecken-Linienflügen und einen schnelleren Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität.

Die Grünen Erfolge beim Ausbau der Erneuerbaren können die Defizite im Verkehrsbereich nicht dauerhaft kompensieren!

Statt mit Panikmache kann Bundesverkehrsminister Wissing mit diesen Maßnahmen den Rückstand der $CO_2$-Einsparungen im Verkehrssektor endlich aufholen. Durch das Aufschieben notwendiger Maßnahmen - vor allem im Verkehrsbereich - steigt die Gefahr umso härterer Maßnahmen in späteren Jahren.

Das ist eine Verlagerung der Verantwortung auf künftige Generationen. Es steht damit auch im Widerspruch zum Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts und EU-Recht.

Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen.